

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 10/2012, 15. November 2012

**Liebe Freunde und Freundinnen,**

das Erasmus-Programm ist eine wunderbare Einrichtung. Es ermöglicht Jahr für Jahr jungen Leuten, in einem anderen europäischen Land zu studieren, ihren Horizont zu erweitern und die großartige Vielfalt Europas kennen zu lernen. Häufig berichten mir ehemalige Austauschstudierende mit leuchtenden Augen: „Erasmus war die beste Zeit meines Lebens!“ Ähnliches höre ich von begeisterten Menschen, die an Städtepartnerschaften mitwirken. So wird Europa erfahrbar!

Die Europäische Union stellt dafür Geld zur Verfügung. Für das Erasmus-Programm. Für Städtepartnerschaften. Oder auch für den Europäischen Globalisierungsfonds. Von ihm profitieren Menschen, die wegen des wirtschaftlichen Strukturwandels arbeitslos geworden sind und plötzlich ohne Perspektive da stehen.

All das setzen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten derzeit aufs Spiel. Es kann nicht sein, liebe Freunde und Freundinnen, dass man auf Gipfeltreffen mit großen Worten „mehr Europa“ fordert und sich dann gegenseitig unterbietet, wenn es darum geht, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wer an Europas Zukunft spart, der spart an der Zukunft der Europäer und Europäerinnen! Das werden wir im Europäischen Parlament den Staats- und Regierungschefs weiter in aller Deutlichkeit sagen. Die EU braucht auch in den nächsten Jahren eine angemessene Finanzausstattung. Denn eine handlungsfähige und starke Europäische Union ist die beste Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Eure

NHALT**Seite 1**

- Kolumne
- EU-Haushalt

Seite 2

- Frauenrechte in Pakistan
- Steuerabkommen mit der Schweiz
- Binnenmarkt

Seite 3

- Aufnahme der Videokolumne
- Frauenquote
- Termine

Seite 4

- Aktionstag der Gewerkschaften
- Neues aus Europa
- Impressum

Jutta Haug: „Kein EU-Haushalt 2013 in Sicht“**Abschluss scheitert erneut am Rat**

Auch in der zweiten Vermittlungsrunde konnte keine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat zum EU-Haushalt 2013 gefunden werden.

Jutta Haug, SPD-Europaabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschuss, macht die Ratsseite für die abgebrochenen Verhandlungen verantwortlich. „Was sollen wir besprechen, wenn der Rat nicht in der Lage ist, uns ein Angebot zu unterbreiten?“ und weist auf die Ursache des Problems: „Wir haben ein klares Verhandlungsmandat. Beim Rat herrscht Misstrauen und Uneinigkeit“, so die Haushaltsexpertin.

Mit dem Lissabon-Vertrag sind die bei-

den Arme der Haushaltsbehörde – das Europäische Parlament und der Rat – aufgefordert, 21 Tage nach Plenumsabschluss eine gemeinsame Position zum EU-Haushalt herbeizuführen. Diese Frist läuft mit dem 13. November aus. Bereits der erste Versuch einer Vermittlung am 26. Oktober scheiterte unter anderem an den Vertretern der Ratsdelegation. „Wie sollen wir ein politisches Dossier wie den Haushalt verhandeln, wenn uns gegenüber Verwaltungsbeamte ohne politische Verantwortlichkeit sitzen“, richtet Jutta Haug ihre Kritik an die Hauptstädte.

Außerdem würden die Verhandlungen verkompliziert, weil es auch bereits im Haushalt 2012 noch ungelöste Proble-

me gäbe. Denn die Europäische Kommission ist seit geraumer Zeit nicht mehr in der Lage, eingegangene Rechnungen zu begleichen, weil schlicht die Mittel fehlen. So können zum Beispiel Zahlungsanforderungen aus Deutschland für den Europäischen Sozialfonds und die Regionalfonds in Höhe von 869 Millionen Euro derzeit nicht beglichen werden. Insgesamt geht es in der EU um ausstehende Zahlungen in Höhe von 9,7 Milliarden Euro.

Für Jutta Haug ist klar, dass zuerst die Hausaufgaben für 2012 erledigt werden müssen. „Sonst verschleppen wir die Probleme nur ins nächste Jahr. Und das ist unseriöses Handeln.“ ■



Europäisches Parlament besteht auf Frauenrechten in Pakistan

Malala Yousafzai war elf Jahre alt, als sie anfang, regelmäßige Blogbeiträge im Internet zu veröffentlichen, in denen sie sich für das Recht von Frauen und Mädchen auf Bildung aussprach. 2011 erhielt sie dafür den Jugendfriedenspreis von der pakistanischen Regierung. Doch für ihren Einsatz für die Rechte der Frau musste sie fast mit ihrem Leben bezahlen. Bei einem feigen Angriff durch die Taliban wurde Malala lebensgefährlich verletzt. Die Taliban sehen die Rechte der Frau als unvereinbar mit dem islamischen Recht an und bedrohen Malala Yousafzai weiterhin mit dem Tod.

Zugleich zeigen die Geschehnisse wieder mal, dass es noch immer Orte auf der Welt gibt, an denen Frauen und Mädchen der Zugang zu Bildung verwehrt wird. Besonders in Pakistan, das als drittgefährlichstes Land der Welt für Frauen gilt, ist die internationale Gemeinschaft gefragt, um die Stellung der Frau und vor allem den Zugang zu Bildung für junge Mädchen aufzubauen.

Das Europäische Parlament hat im Oktober in einer Resolution von der pakistanischen Regierung gefordert, die Verbrecher konsequent zu bestrafen und sich beharrlich für die Frauenrechte einzusetzen. Große Teile der pakistanischen Bevölkerung, islamische Gelehrte und die größten Parteien im Land haben mit Erschütterung auf das Attentat auf Malala Yousafzai reagiert. Diese Dynamik muss jetzt genutzt werden, um die Rechte von Frauen und Mädchen auch tatsächlich durchzusetzen.

Die Ereignisse, die sich rund um Malala Yousafzai zugetragen haben, zeigen einmal mehr, dass wir uns weiterhin, auch über unsere Landesgrenzen hinaus, für die Gleichstellung der Frau einsetzen müssen.

Die Entschließung finden Sie unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0401&language=DE&ring=P7-RC-2012-0477> ■

Udo Bullmann: „Rat blockiert neues EU- Steuerabkommen mit der Schweiz“

Finanzminister verweigern EU-Kommission Verhandlungs- mandat für Steuerabkommen

Der Vorsitzende der SPD-Abgeordneten im Europaparlament Dr. Udo Bullmann kritisierte, dass die Finanzminister in ihrer gestrigen Sitzung der EU-Kommission kein Mandat zur Aushandlung eines europäischen Steuerabkommens mit der Schweiz erteilten: „Es ist skandalös, dass der Ministerrat sich seit Jahren weigert, auf europäischer Ebene aktiver gegen Steuerhinterziehung vorzugehen. Die EU könnte mit ihrer Verhandlungsmacht ein weitaus strengeres Steuerabkommen mit der Schweiz aushandeln. Begrenzte Steuerdeals einzelner Staaten sind hingegen unzureichend, um die Steuerflucht zu stoppen. So will die Bundesregierung mit ihrem Alleingang Steuerbetrüger viel zu billig davon kommen lassen und deutsches Schwarzgeld anonym und pauschal nachversteuern. Wir fordern hingegen einen automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden, um

Steuerdelikte wirksam aufzudecken“, sagte der Sozialdemokrat. Innerhalb des Rates blockieren Österreich und Luxemburg die Aushandlung eines europäischen Abkommens.

Das Europaparlament habe die EU-Finanzminister bereits mehrfach aufgefordert, weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung zu ergreifen. „Angesichts leerer Haushaltskassen ist es nicht länger hinnehmbar, dass EU-Bürger ihre Vermögen problemlos in die Schweiz schaffen. Dem griechischen Fiskus sind seit Beginn dieses Jahres ganze 60 Milliarden Euro Steuern entgangen, die auf Schweizer Konten geparkt sind. Die Hellenen könnten ihre Staatseinnahmen beinahe verdoppeln, wenn der Ministerrat endlich den Weg für ein europäisches Steuerabkommen mit der Schweiz freimacht“, so Udo Bullmann abschließend. ■

Evelyne Gebhardt: „Europäischer Binnen- markt braucht neuen Schwung“

Europäisches Parlament for- dert bessere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen

„Immer wieder haben wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen darauf aufmerksam gemacht, dass noch viele Probleme bei der Umsetzung der EU-Rechtsakte bestehen. Diese Probleme müssen in naher Zukunft gelöst werden“, erklärte die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt und begrüßte den Ende Oktober in Straßburg angenommenen Entschließungsantrag zu den Hauptaufgaben von EU-Bürgern und Unternehmen zur Funktionsweise des Binnenmarktes.

„Auch 20 Jahre nach der Gründung des europäischen Binnenmarktes hindern bürokratische Auflagen und komplizierte Meldeverfahren, wie etwa bei der Ummeldung eines Autos vom Heimatland in das gewählte Niederlassungsland, Bürger und Bürgerinnen noch immer daran, die Freiheiten des Binnenmarktes für sich zu nutzen. Viele unnötige Hindernisse entstehen vor allem dann, wenn die Mitgliedstaaten das EU-Recht nicht richtig anwenden“, stellte die Sprecherin der Sozialdemokraten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz Evelyne Gebhardt klar.

„Um die Integration des Binnenmarktes in Zukunft weiter voranzutreiben, ist vor allem ein hohes Maß an politischem Willen von Seiten der Regierungen in den Mitgliedstaaten gefragt“, so Evelyne Gebhardt weiter. Die sozialdemokratische Fraktion fordert außerdem eine engere Zusammenarbeit der europäischen Institutionen, damit sich die Bürger und Bürgerinnen in europäischen Kernprojekten besser wiederfinden können.

„Wir müssen das Vertrauen der Verbraucher und Verbraucherinnen in den digitalen Binnenmarkt stärken. Unternehmen müssen ermutigt werden, ihre Waren grenzüberschreitend anzubieten, und gleichzeitig müssen bei Konflikten alternative Streitbeilegungsverfahren funktionieren“, so Evelyne Gebhardt.

„Bei allen Errungenschaften des europäischen Binnenmarktes darf Europa nicht zulassen, dass gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise und Finanzkrise die soziale Dimension in den Hintergrund gedrängt wird“, mahnte Evelyne Gebhardt. „Auch bei den erst kürzlich von der EU-Kommission vorgestellten zwölf Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums kommen die sozialen Belange wieder mal zu kurz.“ ■



Das Foto zeigt Evelyne Gebhardt bei der Aufnahme ihrer Kolumne aus dem „Europa aktuell“ im Europäischen Parlament. Die Kolumne gibt es mittlerweile auch als Video auf dem Youtube-Kanal von Evelyne Gebhardt, erreichbar über die Homepage www.evelyne-gebhardt.eu.

Meine Meinung:

Frauenquoten für Aufsichtsratsposten ab 2020?

Frauen in Führungspositionen forderten wir; Frauen als Entscheiderinnen in Unternehmen. Die gläserne Decke auf der Karriereleiter von Frauen wollten wir zerschlagen.

Da Schwarz-Gelb nie verstand, worum es ging, und sich nur in seinem männlichen Ego angegriffen fühlte, nahm sich schließlich die Europäische Kommission aufgrund zweier Entschlüsse des Europäischen Parlaments der Frauenquote in Führungspositionen an. Ein Hoffnungsschimmer.

Der erste Vorschlag von EU-Kommissarin Viviane Reding hat mich allerdings ziemlich ernüchert. Da war nämlich von einer Quote für die eigentlichen Entscheidungspositionen in börsennotierten Unternehmen, den Vorständen, plötzlich keine Rede mehr. Kontrollieren statt entscheiden. Auch sollte die Quote erst 2020 kommen. Zudem wurde Redings Vorschlag von den erzkonservativen und wirtschaftsliberalen Reihen der Kommissare (und Kommissarinnen) im letzten Monat abgeschmettert.

Seit gestern nun weiß Reding die Mehrheit der EU-Kommissare hinter sich. Der Preis dafür war hoch, zu hoch, denn die Quote wurde weiter, fast bis zur Unkenntlichkeit, ausgehöhlt. Redings Vorschlag geht zudem an der Realität vorbei. Börsennotierte Unternehmen, deren Aufsichtsräte nicht zu 40 Prozent weiblich besetzt sind, sollen im Auswahlverfahren nunmehr Frauen bei gleicher

Qualifikation bevorzugen. Liebe Frau Reding, Aufsichtsratsposten werden nicht öffentlich ausgeschrieben; Aufsichtsräte werden ernannt. Da geht es nicht um Qualifikationen. Es geht um Einfluss, um Kontrolle. Es geht um Macht.

Unternehmen, die sich nicht an die Regelung halten, sollen Geldbußen drohen. Der erste Entwurf des Vorschlags hatte außerdem noch den Entzug von EU-Fördergeldern vorgesehen. Ein Quotchen eben.

„Entscheidend ist, dass ein gutes Gesetz herauskommt“, meinte Viviane Reding noch vor drei Wochen, als die EU-Kommission beschlossen hatte, den Vorschlag zur Quote zu vertagen.

Ich will nicht ungerecht sein. Reding hatte es nicht leicht mit ihren Kollegen und Kolleginnen. Der jetzige Vorschlag ist für ein gutes Gesetz jedoch einfach zu löchrig und zu realitätsfern.

Keine Frage, auch das Quotchen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die gläserne Decke hat dadurch aber noch nicht einmal kleine Risse bekommen und wir Frauen werden auch weiterhin unseren Platz in Führungspositionen durchkämpfen müssen.

Jetzt ist das Europäische Parlament gefragt! ■

TERMINE

■ 16. November 2012, 9.40 Uhr

Was? EU-Schulaktionstag

Wo? Kaufmännische Schule SHA

■ 17. November 2012, 10.00 Uhr

Was? Vorbereitungsveranstaltung zum Weltgebortstag der Frauen

Wo? Paul-Gerhardt-Gemeindehaus, Stuttgart

■ 23. - 24. November 2012

Was? ASF-Bundesvorstand

Wo? Berlin

■ 24. November 2012, 11.00 Uhr

Was? SPD-Parteikonvent

Wo? Berlin

■ 28. November 2012, 10.00 Uhr

Was? Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zum dt.-französischen Verhältnis

Wo? Französische Botschaft, Berlin

■ 30. November 2012, 14.00 Uhr

Was? Europäisches Jugendforum

Wo? Landtag, Stuttgart

■ 1. Dezember 2012, 11.00 Uhr

Was? Fachgespräch zum baden-württembergischen Tarifreuegesetz

Wo? Landtag, Stuttgart

■ 1. Dezember 2012, 19.00 Uhr

Was? FES-Veranstaltung zu sozialen Protest- und Jugendbewegungen in Europa

Wo? Haus der Museumsgesellschaft, Ulm



Jutta Steinruck und Udo Bullmann: „Nein zur sozialen Spaltung Europas“

Sozialdemokraten unterstützen europäische Gewerkschaften zum Aktionstag am 14. November in ganz Europa

„Wir brauchen einen Kurswechsel für ein Soziales Europa. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass die Gewerkschaften für den 14. November zu einem europaweiten Aktionstag aufrufen. Wenn es schon keine Solidarität zwischen den europäischen Regierungen gibt, ist es gut, dass die Arbeitnehmer hier ein europaweites Zeichen der Solidarität setzen“, so Jutta Steinruck, SPD-Europaabgeordnete. Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft für den 14. November zu einem Aktions- und Solidaritätstag auf. Unter dem Motto ‚Für einen europäischen Sozialpakt‘ werden am 14. November 2012 Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und viele andere Aktionen stattfinden.

Udo Bullmann, Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten im Europaparlament,

erklärt: „Die Europäerinnen und Europäer werden zeigen, dass die Sparpolitik, wie sie derzeit betrieben wird, nicht akzeptiert werden kann. Die bisher angewandten Rettungsinstrumente funktionieren nicht.“ Die Beschäftigungs- und Sozialexpertin der Sozialdemokraten Jutta Steinruck betont, dass die Sparpolitik in Europa derzeit Arbeitsplätze zerstört und Sozialsysteme aushöhlt. Das alles passiere derzeit ohne Perspektive auf Wachstum und Beschäftigung in Europa.

„Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Menschen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind, bezahlen derzeit für die Krise, während in der Finanzwelt weiterhin fette Gewinne gemacht werden. Während beim Sparen riesige Anstrengungen unternommen werden, passiert viel zu wenig bei

der Zählung und Regulierung der Finanzmärkte. Das lassen wir uns nicht bieten.“

„Wir fordern eine europäische Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges Wachstum und gute Arbeitsplätze schafft. Dazu benötigen wir Investitionen in eine moderne Industriepolitik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik.“ Jutta Steinruck und Udo Bullmann erinnern daran, dass es nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht die Jugendlichen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder die Arbeitslosen waren, die die Krise verursacht haben. Diese müssten nun aber unter den Auswirkungen der Sparpolitik leiden. „Wir rufen alle auf, am 14. November in Brüssel oder bei sich vor Ort an den Aktionen der Gewerkschaften teilzunehmen, um ein deutliches Signal für ein soziales Europa zu setzen.“ ■

NEUES AUS EUROPA

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF:

Fluggäste erhalten erneut mehr Rechte

Gute Nachricht für alle Flugreisenden: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat jüngst entschieden, dass Verspätungen von mehr als drei Stunden mit einer Annullierung des Fluges gleichzusetzen seien. Fluggesellschaften müssen ihren Passagieren

in diesen Fällen deshalb fortan einen Ausgleich zahlen.

Den Kunden stehe eine Entschädigung von 250 bis 600 Euro zu, entschied das Gericht in Luxemburg. (Rechtssachen C-581/10 und C-629/10). ■

EUROPÄISCHER JUGENDKARLSPREIS:

Belohnung für europäisches Engagement

Um das Engagement junger Leute für die europäische Einigung zu honorieren und zu fördern, verleiht die Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen seit 2008 gemeinsam mit dem Europäischen Parlament den Europäischen Jugendkarlspreis.

Die Auszeichnung geht an Menschen zwischen 16 und 30 Jahren, die mit einem Projekt praktische Beispiele für das Zusammenleben in Europa liefern und dazu beitragen, die europäische Identität zu fördern.

Bewerben kann man sich ab sofort und

bis zum 28. Januar 2013. Prämiert werden drei Gewinnerprojekte mit je 5000, 3000 und 2000 Euro. Ausführliche Informationen sowie das Bewerbungsformular sind im Internet erhältlich (www.charlemagneyouthprize.eu).

Weiterhelfen kann auch das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland unter epberlin@europarl.europa.eu oder unter 030 / 2280 1000. Engagement für Europa lohnt sich in jedem Fall! ■

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Frederick Wunderle

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144

egebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union